

Eingang:

Frankfurt, den 5. Dezember 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Frankfurter Mobilitätsflatrate entwickeln

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zusammen mit traffiQ, VGF, RMV, Deutscher Bahn und weiteren Anbietern von Verkehrsleistungen ein Flatratemodell zur Nutzung aller Verkehrsmittel des Verbunds in Frankfurt zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Statt jede Nutzung von Bus und Bahn, Leihfahrrad, e-Scooter, Carsharing, etc. einzeln abzurechnen, werden alle kooperierenden Mobilitätsangebote in einer App zusammengeführt, die die intermodale Nutzung der verschiedenen Verkehrsträger aufeinander abstimmt und vereinfacht.

Um die beabsichtigte Lenkungswirkung weg vom Auto, hin zum Verbund zu erreichen, wird sichergestellt, dass die Nutzer*innen mit dem Kombipaket wesentlich günstiger fahren, als wenn sie die Angebote getrennt kaufen.

Bestehende Kooperationen, wie z.B. für Studierende, werden dabei berücksichtigt.

Begründung:

Städtebauliche Enge, schlechte Luft, Lärmbelastung und Klimafaktoren machen ein Umdenken bei der Mobilität in Frankfurt erforderlich, weg motorisierten Individualverkehr. Eine Flatrate für alle Verkehrsmittel im Nahverkehr ist eine überzeugende Maßnahme, um Autofahrende zum Umstieg zu bewegen.

Das Beispiel Helsinki zeigt, dass eine Flatrate für alle Verkehrsmittel das gewünschte Ziel erreicht. Für den Erfolg des dortigen Kombipakets ausschlaggebend ist – neben dem guten Preis – die Kombination aller Mobilitätsangebote in einer einzigen App. Dies ermöglicht eine ortsbezogene, aufeinander abgestimmte Verkehrsmittelnutzung in Echtzeit, die für die Nutzer*innen äußerst attraktiv ist.

Auch in Deutschland gibt es Beispiele: Am 1. November 2019 führten die Stadtwerke Augsburg eine Mobilitätsflatrate ein. Zuvor wurde durch Marktforschung herausgefunden, welchen Preis die Nutzer*innen zu bezahlen bereit sind. Innerhalb dieser Bandbreite wurde dann ein gestaffeltes Angebot entwickelt, das kostendeckend ausfinanziert ist, dabei aber für die Nutzer*innen unterhalb der Summe der Einzelleistungen bleibt.

Dieses Vorgehen empfiehlt sich auch für Frankfurt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli und Martin Kliehm,
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Dominike Pauli

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Martin Kliehm

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Michael Müller

Stv. Monika Christann

Stv. Pearl Hahn